



INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

Die Spitzenkandidatin B. Sengen im Gespräch mit dem "rotorn"

ROTDORN: Frau Sengen, Sie wurden als Spitzenkandidatin Ihrer Partei hier in Medebach nominiert. Wie sehen Sie Ihre politischen Aufgaben und Ziele?

Sengen: Es ist für mich schon ein großer Vertrauensbeweis meines SPD-Ortsvereins, eine Platzierung auf dem 1. Platz der Liste. Ich hoffe, daß ich dieser Verantwortung auch gerecht werde.

Für die Zukunft möchte ich mit meinen Parteifreunden im Rat der Stadt Medebach weiterhin die Geschicke der Stadt und ihrer Bürger mitgestalten.

Wichtigste Aufgabe wird es sein, genügend preiswertes Bauland anzubieten, damit junge Familien auch weiterhin ihr Eigenheim in Medebach und den Ortsteilen erstellen können. Außerdem muß es auch die Möglichkeit geben, daß über eine günstige Bodenvorratspolitik der Stadt weitere Mietwohnungen gebaut werden.

ROTDORN: Welche Aufgaben sehen Sie weiter als vordringlich an?

Sengen: Ich denke, daß die Sorge der Stadt auch weiterhin sein

muß, Flächen für die gewerbliche Nutzung vorzuhalten und Hilfestellungen zu geben, damit auf Dauer Arbeitsplätze in Medebach erhalten, aber auch neu geschaffen werden können.

Dies ist in Zeiten kommunaler Sparsamkeit sicher nicht einfach.

Aber auch unsere Kinder müssen in Zukunft hier in Medebach qualifizierte Arbeitsplätze finden.

ROTDORN: Stichwort "leer Kassen". Ist es für das einzelne Ratsmitglied überhaupt noch möglich, Politik zu machen?

Sengen: Selbstverständlich ist es nicht einfach, bei den derzeitigen Finanzproblemen alle Wünsche der Bürger zu erfüllen. Aber hier will ich mit den Kollegen aus der SPD-Fraktion im Rat dafür sorgen, daß auch in Zukunft unsere Vereine und Verbände nicht alleine gelassen werden. Denn, daß wir eine gut funktionierende Vereinsarbeit haben, wurde bei unseren diesjährigen Feiern und Veranstaltungen deutlich, als alle mit angefaßt haben, um unsere Stadt Medebach positiv darzustellen.

ROTDORN: SPD, das heißt Sozi-

aldemokratie. Wie können Sie in einer kleinen Kommune dies überhaupt umsetzen?

Sengen: Wir werden auch in Zukunft bei den Entscheidungen im Rat unsere "soziale Meinung" einfließen lassen und darauf achten, daß nicht nur alles aus wirtschaftlichen Sichtweisen geschlossen wird. Wir achten darauf, daß hinter Entscheidungen immer Menschen stehen, die davon betroffen sind.

Aber ich verweise auch auf unser Programm, welches wir im letzten "rotorn" vorgestellt haben.

ROTDORN: Frau Sengen, Sie wurden nicht nur hier in Medebach auf Platz 1 der Reserveliste nominiert.

Auch auf Kreisebene kandidieren Sie mit Platz 3 der Reserveliste auf einer Spitzenfunktion.

Läßt sich die Arbeit in der Stadt und beim Kreis vereinbaren?

Sengen: Ich denke schon. Es ist auch wichtig, daß man eine Verbindung zwischen der Kreispolitik und der Stadtpolitik herstellt. Wobei es auch nicht immer einfach ist, alle Interessen unter einen Hut zu bringen. Ich denke hierbei besonders an die Kreisumlage.

ROTDORN: Wie sehen Ihre Wünsche aus?

Sengen: Ich wünsche mir sehr, daß viele Bürgerinnen und Bürger mir und meiner Partei am 16. Oktober 1994 ihre Stimme geben. Damit wir hier in Medebach gestärkt in die kommende Ratsarbeit gehen können und die Zukunft unserer Stadt und der Bürger positiv gestalten können.

ROTDORN: Wir danken für dieses Gespräch.



Bilanz

Am 16. Oktober ist es soweit, zusammen mit der Bundestags- und der Kreistagswahl sind Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, aufgerufen, über die Zusammensetzung des des neuen Stadtrates abzustimmen.

Im rordorn Nr. 31 haben wir bereits die Vorstellungen der SPD für die kommenden Jahre veröffentlicht, in dieser Ausgabe wollen wir die vergangenen 5 Jahre beleuchten und Ihnen die Schwerpunkte unsere Arbeit in der abgelaufenen Wahlperiode nochmals in Erinnerung bringen.

Ein Bereich, der eigentlich ein traditioneller Schwerpunkt der SPD-Fraktion war, waren die **Feuerwehrangelegenheiten**. Abwohl 1989 zu Beginn der Wahlperiode der SPD-Antrag, den Feuerwehrausschuß wieder einzuführen, um somit der Feuerwehr eine eigene Plattform in der Kommunalpolitik zu geben, von der CDU-Mehrheit abgelehnt wurde, wurde in den folgenden Jahren einvernehmlich mit den anderen Fraktionen ein Brandschutzkonzept und ein Bedarfsplan verabschiedet, nach dem dann die Unterhaltungsmaßnahmen und Neubeschaffungen durchgeführt wurden.

Fast in jedem Jahr wurde im Rat über die **Fremdenverkehrspolitik** der Stadt diskutiert. Bei der Gründung der Touristik GmbH war ein jährlicher städtischer Zuschuß festgelegt worden, der nach damaligem Willen als Anschubfinanzierung gedacht war und der Zug um Zug zurückgefahren werden sollte. Die letzten Jahre haben nun aber gezeigt, daß die GmbH offenbar ohne diese Finanzspritze nicht lebensfähig ist. Die SPD-Fraktion forderte daher immer wieder; eine Verbesserung der Einnahmeseite der GmbH über eine Beteiligung aller Fremdenverkehrsbetriebe zu erreichen, um den Fortbestand der GmbH zu sichern und auch den Output der zweifellos guten Arbeit in der Geschäftsführung erhöhen zu können.

Breiten Raum in den Ratssitzungen nahmen die Beratungen im Zusammenhang mit der Verwirklichung des **Ferienparks** ein, so wurden z.B. der Bebauungsplan Ferienpark, wie auch die Maßnahmen zur Sicherstellung der Wasserversorgung oder auch die Übertragung der Erschließungsarbeiten für des Großprojekt auf die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises einstimmig verabschiedet. Bei

Letzterem, war der SPD-Fraktion jedoch nicht so wohl im Magen. Diese Übertragung wurde inzeniert, damit die Investoren mehr als 1 Million DM an Umsatzsteuern sparen konnten. Ob die Stadt sich durch diese Übertragung im Endeffekt nicht doch schlechter steht, als wenn sie die Erschließungsarbeiten in eigener Regie durchgeführt hätte, bleibt abzuwarten. Nach umfangreichen Berechnungen einer CDU-Stadtvertreterin in diesem Jahr, ist die jetzt getroffene Regelung ungünstiger für die Stadt. Diese Berechnungen werden noch überprüft. Die SPD-Fraktion hat sich dabei für eine unabhängige Prüfungsstelle stark gemacht.

Die **Haushaltspläne** 1991, 1992 und 1994 wurden von der SPD-Fraktion mitgetragen. 1991 stimmte die SPD nicht zu, da u.a. der gewünschte Ansatz für die Substanzerhaltung an Schützenhallen von der CDU abgelehnt wurde.

1993 konnte die SPD dem Haushaltsplan ebenfalls nicht zustimmen, da auf der einen Seite Ausgaben für neue Computer-Arbeitsplätze und ein neuer Aktenplan in der Verwaltung von der SPD gerade in dem Jahr noch nicht für erforderlich gehalten wurden und eine eigentlich nötige Einnahmeverbesserung bei der Gewerbesteuer von der Mehrheitsfraktion abgelehnt wurde.

Im Großen und Ganzen bestand jedoch in der Finanzpolitik der letzten Jahre Einvernehmen im Rat, daß sparsam gewirtschaftet und die Verschuldung langsam aber kontinuierlich verringert werden sollte. Auch die dann doch erforderliche Neuverschuldung im Zusammenhang mit der Ferienparkrealisierung wurde gemeinsam beschlossen und getragen. Es

bleibt zu hoffen, daß die erhoffte Refinanzierung in den nächsten Jahren auch tatsächlich eintritt und die dazu ggf. erforderlichen Beschlüsse dann auch einvernehmlich getroffen werden.

Im **Umweltbereich** hat sich die SPD-Fraktion für verbrauchsorientierte Müllgebühren und z.B. Wassergebühren eingesetzt, die den Grundgedanken des Wassersparens nicht aus den Augen lassen. Die CDU sieht gerade die Wassergebühren offenbar mehr durch die betriebswirtschaftliche Brille, so beschloß sie ab 1992 einen, wie wir meinen ungerechten und ökologisch unsinnigen, Wasserminderverbrauch und eine Verdoppelung der Zählergebühren.

In den letzten Monaten hat die von der SPD geforderte stärkere Beteiligung des Ferienparks an den Wasserfixkosten/bzw. Einbau von Wasserzählern im Ferienpark zu kontroversen Diskussionen im Rat geführt. Ein Entscheidung in der Sache wurde schließlich bis nach der Kommunalwahl vertragt.

Bestrebungen der SPD-Fraktion zumindest den **Wasserminderverbrauch** von 25 m³ auf 15 m³ zu senken, wurden ebenso abgelehnt, wie zunächst auch die von der SPD-Fraktion schon im Frühjahr 1994 geforderte Blaue Altpapieronne. Daß diese jetzt doch noch eingeführt wird, ist erfreulich und auch eine Bestätigung der SPD-Politik, die dazu beitragen wird, den Restmüll, der deponiert werden muß (Graue Tonne), zu verringern.

Obwohl die Einführung des **Dualen Systems** ab 1993, von der SPD-Fraktion als äußerst bedenklich und offenbar falscher Weg erkannt wurde, konnte die Einführung nicht abgelehnt

werden, da sich ansonsten erhebliche finanzielle Nachteile für die Medebacher Bürger ergeben hätten. Die SPD-Fraktion hat sich jedoch stets für eine harte und deutliche Umgangsweise mit dem Dualen System ausgesprochen, und weitere Zugeständnisse ausgeschlossen.

Unterschiedliche Auffassungen gabe es im Rat bei der Frage, wie groß die Zahl der Stadtvertreter in der kommenden Wahlperiode sein soll. Während CDU und FDP für eine Beibehaltung von 27 Ratsmitgliedern stimmten, votierte die SPD für eine Verkleinerung des Rates auf 21 Mitglieder. Die SPD rechnete vor, daß sich dadurch in einer Wahlperiode bis zu 100.000 DM sparen ließen, ohne daß darunter die Effektivität der Ratsarbeit leiden müsse.

Für die Bestrebungen, in Wohngebieten verkehrsberuhigende Maßnahmen durchzuführen, hat die SPD-Fraktion im Haushalt 1994 bereits einen Ansatz von 25.000 DM durchgesetzt. Ein erster Antrag der SPD, für den Glindfelder Weg verkehrsberuhigende Maßnahmen zu planen, wurde vom Rat angenommen. Weitere Bereiche sollen in den nächsten Jahren folgen. Ein von SPD-Stadtvertreter Kaiser bereits in 1992 gestellter Antrag, im Bereich Schützenstraße verkehrsberuhigende Maßnahmen durchzuführen fand damals leider keine Mehrheit.

Auch die Vollverampelung des Marktplatzes war ein Anliegen der SPD-Fraktion, die dieses auch beharrlich für den besseren Schutz der Fußgänger und eine klare Verkehrsregelung favorisiert hat, nach mehreren Beratungen gab es schließlich auch hierzu einen einstimmigen Ratsbeschluß.

Ein Bereich der gerade von der SPD-Stadtvertreterin Sengen bereits seit 1989 immer wieder in den Ratssitzungen angesprochen wurde, war die Kindergartenplatzsituation im Stadtgebiet.

Hier konnte die SPD-Fraktion durch beharrliches Bohren erreichen, daß dieses Problem niemals in Vergessenheit geriet und dann einvernehmlich Lösungen zusammen mit dem Kindergartenträger gefunden wurden, von denen unsere Bürgerinnen und Bürger, aber gerade die Kinder profitieren.

Einvernehmlich wurden auch die Freundschaften/Partnerschaften zu Worbis und Locminé beschlossen. Die SPD freut sich, daß dadurch schon viele Kontakte unter den Bürgern geknüpft und damit ein Beitrag zu Zusammenwachsen Deutschlands bzw. zur Aussöhnung und Freundschaft mit Frankreich geleistet werden konnte.

Einige weitere Entscheidungen, die im Rat mit den Stimmen der SPD verabschiedet wurden:

So zum Beispiel:

- Festlegung der Prioritäten für den Landesstraßenbedarfsplan 93/97 : 1. L 854 Oberschledorn-Usseln, 2. L 740 nach Münden, 3. L 740 Medebach-Küstelberg (bis Schloßberg) und 4. L 872 Küstelberg - Deifeld

- Bemühungen um Baumöglichkeiten in Referinghausen, bis hin zu Klageverfahren gegen die Bezirksregierung

- Schulentwicklungsplan für die Jahre 1992 - 1996

- Behindertengerechte Gestaltung von Fußgängerüberwegen in der Kernstadt

- Einvernehmen, daß keine ordnungsbehördliche Verordnung für die Stadt erlassen wird

- Abwasserbeseitigungskonzept einschl. Änderungen

- Neugestaltung des Bereichs Junkernhof/Ostwall/Kirchstraße

- Neuaufstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen z.B. Brüggerweg, Bachstraße, Oberstraße/Hardtstraße, Söhlerweg, Mühlenweg u.a.

- Einstellung einer Stadtplanerin, um die Bauleitplanung voranzutreiben

- Ausbau der Wittekindstraße in 1994

- Sonderregelung der Müllentsorgung im Ferienpark

Die Bodenvorratspolitik/Bauland-schaffung war in den vergangenen Jahren einer der bedeutendsten Arbeitsschwerpunkte der SPD-Fraktion.

So zeichnete sich schon vor einiger Zeit ab, daß die Bereitstellung von Bauland sich in einigen Bereichen sehr schwierig gestaltet, bzw. andererseits, wohl bedingt durch den Kraftakt Ferienpark, ein wenig ins Hintertreffen geraten war. So konnten von der Stadt in der Kernstadt zeit-

weise keine städtischen Baugrundstücke mehr angeboten werden.

Die SPD-Fraktion hatte bereits in 1990 Anfragen zur Bodenvorratspolitik der Stadt gestartet, um Fehlentwicklungen möglichst schnell gegensteuern zu können.

Nun ist es unbestritten, daß es noch zahlreiche Baulücken gibt, doch bestand auch ansonsten Handlungsbedarf. So bereiste die SPD-Fraktion die Kernstadt und alle Ortsteile und entwickelte Vorschläge wie über Abrundungssatzungen möglichst schnell Baumöglichkeiten in vielen Bereichen erreicht werden konnten. Leider nahm der Rat diese Vorschläge nur teilweise und auch erst im Laufe der Zeit an. Trotzdem ist die SPD-Fraktion froh, daß auch durch diese Maßnahme Bauland geschaffen werden konnte. Gerade aber auch die durch die Abrundungssatzungen von der SPD-Fraktion in Bewegung gebrachte Diskussion, hat schließlich dazu geführt, daß jetzt der Bebauungsplan Gelängeweg (St. Sebastianusweg) erweitert wird und damit die Stadt bald wieder "vernünftiges" Bauland in der Kernstadt anbieten kann.

Man kann an allen diesen Punkten erkennen, daß im Rat vieles was sich in den letzten Jahren in Medebach getan hat, einstimmig oder einvernehmlich entschieden wurde, die SPD jedoch oftmals die Diskussion in Gang gebracht hat.

Dabei hat die SPD-Fraktion stets darauf geachtet, daß ein eigenständiges Profil dann zum Ausdruck gebracht wurde, wenn es im Interesse der Sache, aber auch betroffener Bürgerinnen und Bürger erforderlich war.

Damit das so bleibt und weiterhin eine starke SPD-Fraktion im Rat aufpasst und wenn erforderlich einschreitet, bitten wir um Ihr Vertrauen am 16. Oktober.

**Deshalb -
diesmal SPD!**

Impressum:
Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach,
vertreten durch den 1. Vorsitzenden Michael Hiemer
Redaktion: Ulrich Mikol
Auflage: 3100 Exemplare
Anschrift der Redaktion:
Glindfelder Weg 57, 59964 Medebach
Satz: SPD Medebach · Druck: Kräling-Druck



Nicht die Arbeitslosen - sondern die Arbeitslosigkeit bekämpfen

Am 16. Oktober fällt eine für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtige Richtungsentscheidung. Bei der Bundestagswahl geht es darum, ob die nächsten vier Jahre in Deutschland weiter von einer arbeitnehmerfeindlichen Politik geprägt werden oder ob es gelingen kann, endlich einen Wechsel herbeizuführen.

Die Kohl-Regierung überläßt die Wirtschaftspolitik der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen. Zur Zeit fehlen sechs Millionen Arbeitsplätze, alle seriösen Schätzungen gehen im Jahresschnitt 1994 von rund vier Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen aus. Die leichte Konjunkturverbesserung durch verstärkte Auslandsnachfrage reicht nicht aus, Unternehmen zum Einstellen von Arbeitskräften zu bewegen. Im Gegenteil: Bei privatisierten ostdeutschen Betrieben, aber auch bei vielen westdeutschen Unternehmen geht der Abbau von Arbeitsplätzen weiter.

Die Kohl-Regierung hat mühsam erkämpfte Arbeitnehmerrechte eingeschränkt, Sozialkürzungen auf dem Rücken der Ärmsten vorgenommen und die Steuern und Abgaben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kräftig erhöht. Zum 1. Januar 1995 will sie nochmals 7,5 Prozent auf die Einkommenssteuerschuld von allen, getarnt als „Solidaritätszuschlag, abbekassieren, weitere Selbstbeteiligungen in der Krankenversicherung sind geplant.

Die SPD steht für soziale Sicherheit, eine Wirtschaftspolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen und umweltpolitische Vernunft. Sie wird nicht die Arbeitslosen, sondern die Arbeitslosigkeit bekämpfen und den Rahmen dafür schaffen, daß Deutschland in den Bereichen Umwelttechnologie, Telekommunikation, moderne Verkehrssysteme und Dienstleistungen einen Spitzenplatz einnimmt. Investitionen in Arbeitsplätze müssen stärker gefördert, Forschung und Entwicklung mit staatlicher Hilfe vorange-

trieben werden. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die SPD Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildung und Umschulung ausbauen.

Gut ausgebildete Arbeitnehmer, die verantwortungsbewußt mitentscheiden, sind das größte Kapital der deutschen Wirtschaft. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften eine Aus- und Weiterbildungsoffensive beginnen. Die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Beschäftigten gilt es zu verbessern. Bei der Einführung und Anwendung neuer Technologien und neuer Formen der Arbeitsorganisation müssen Betriebs- und Personalräte wirksame Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten. Die Arbeitszeitgestaltung soll den Beschäftigten so weit wie möglich überlassen sein. Mit einem neuen Arbeitszeitgesetz wird eine von Rudolf Scharping geführte Bundesregierung Überstunden eindämmen und damit die Arbeit auf mehr Schultern verteilen. Wochenend- und Nachtarbeit sollen die Ausnahme bleiben und nicht wie beim Arbeitszeitgesetz der Kohl-Regierung zur Regel werden. Und eines hat Rudolf Scharping versprochen: Der Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes wird in eine Fassung gebracht, die Parität bei Arbeitskämpfen garantiert.

Soziale Sicherheit ist keine Schönwetterveranstaltung. Der Sozialstaat muß gerade in Krisenzeiten funktionieren. Mit der SPD wird es keinen weiteren Sozialabbau geben. Das Schlechtwettergeld wird ohne wenn und aber sofort wieder eingeführt. Zur

Bekämpfung der Armut in Deutschland sind umfassende Konzepte notwendig. Um die Wohnungsnot zu beseitigen, müssen in einem ersten Schritt pro Jahr zusätzlich 100.000 Sozialwohnungen gebaut werden. Die steuerliche Förderung der eigenen vier Wände muß gerechter werden und Arbeitnehmerfamilien wirksamer helfen. Dazu wird die SPD die Förderung auf einen einheitlichen Förderbetrag für alle umstellen, der Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen und Familien mit Kindern hilft.

Die Kinderfreibeträge wird eine SPD-geführte Bundesregierung durch ein einheitliches Kindergeld von 250 Mark ab dem ersten und 350 Mark ab dem vierten Kind ersetzen. Davon profitieren Gering- und Normalverdiener. Statt eines „Solidaritätszuschlages für alle wird es eine zeitlich befristete Ergänzungsabgabe für Ledige ab 60.000 Mark und Verheiratete ab 120.000 Mark Jahresverdienst geben. Das entlastet 80 Prozent der Steuerzahler.

